



## Ostdeutsche Strukturpolitik zwischen Chance und Krise

Interview Wolfgang Lemb anlässlich der strukturpolitischen Tagung am 18. Februar 2021.

### ***Beschäftigte und Betriebe ächzen unter der Corona-Krise und dem Strukturwandel. Ist die Transformation für ostdeutsche Betriebe eine besondere Herausforderung?***

Corona und die Transformation sind gewaltige Herausforderungen für die Beschäftigten in Ost und West. Langfristig kann die Corona-Krise allerdings besonders die ostdeutschen Betriebe treffen, denn sie weisen strukturelle Nachteile auf: Vielen kleinen und mittleren Betrieben fehlt oft das Eigenkapital für notwendige Investitionen in die Zukunft und die erforderliche Qualifizierung der Beschäftigten. Sie sind nach wie vor abhängig von strategischen Konzernentscheidungen, die nicht in Ostdeutschland getroffen werden. Und zudem gibt es Liquiditätseingpässe, denn die Banken verleihen ihr Geld sehr restriktiv. Dennoch bietet die Transformation aber auch die Chance, Zukunftstechnologien an die ostdeutschen Standorte zu bringen, die neue und gute Arbeitsplätze schaffen.

Gemeinsam kann es gelingen, den Industriestandort Ostdeutschland mit klimaneutralen Produkten für die Zukunft fit zu machen. Wir haben dazu Positionen entwickelt und wollen mitgestalten. Und wir erwarten von den Unternehmern, dass sie ihrer Verantwortung für Investitionen und Qualifizierung nachkommen und von der Politik, dass sie dort, wo notwendig, gestaltend eingreift.

### ***Welche Rahmenbedingungen braucht es?***

Wir brauchen eine zielgerichtete Aus- und Weiterbildung von Fachkräften, um unser bisheriges know how auch für Zukunftstechnologien weiterzuentwickeln. Die ostdeutschen Belegschaften sind aufgrund ihrer gut ausgebildeten Facharbeiter hoch qualifiziert, doch nun droht dieser Standortvorteil langsam verloren zu gehen. Mehr Aus- und Weiterbildung ist das Gebot der Stunde.

Der Staat und die Unternehmen können und müssen hier eine engere Verzahnung zwischen Weiterbildungseinrichtungen, Unternehmen und Betriebsräten ermöglichen. Ein Beispiel kann das ‚Sächsische Zentrum für Fachkräftesicherung und Gute Arbeit‘ (ZEFAS) sein, das – auf Initiative der IG Metall - gerade aufgebaut wird.

### ***Was macht ZEFAS konkret?***

Zu den Aufgaben des ZEFAS zählen unter anderem eine verstärkte Beratung bei Aus- und Weiterbildungsfragen und Unterstützungsangebote zur Fachkräftesicherung und Gestaltung guter Arbeitsbedingungen für kleine und mittlere Unternehmen und Beschäftigte. Der Vorteil ist, dass alles aus einer Hand durch eine zentrale Servicestelle angeboten wird.

### ***In der Erklärung anlässlich der strukturpolitischen Tagung spricht die IG Metall von einer „neuen Attraktivität des Ostens“. Was bedeutet das?***

Wir wollen die Chance nutzen, Wirtschaft und gute Arbeit in Ostdeutschland durch neue nachhaltige Produkte und Geschäftsmodelle nach vorne zu bringen. Gute Ansatzpunkte gibt es bereits. Dazu gehören neu entstehende Arbeitsplätze im Bereich Elektromobilität in Zwickau, Leipzig und Grünheide. Die Batteriezellfertigung in Kamenz, Erfurt oder Bitterfeld oder auch die industriepolitischen Aktivitäten zur Produktion von grünem Wasserstoff in Görlitz oder Nordhausen, sowie das rund um Dresden gelegene Mikroelektronik- / IKT-Cluster. Das sind riesige Chancen, aber wir brauchen auch die Grundvoraussetzungen dazu.

### ***Welche?***

Wir brauchen eine bedingungsgebundene Wirtschaftsförderung. Das heißt: der Staat muss klare soziale Kriterien und Bedingungen definieren, wenn er Fördermittel für den Umbau oder die Neuansiedelung ausschüttet. Betriebsratswahlen dürfen nicht behindert werden, die Unternehmen müssen tarifgebunden sein, sie müssen in Aus- Weiterbildung investieren und die Mitbestimmung im Betrieb achten und leben. Das gilt für alle Unternehmen. Auch für Tesla! Der Staat muss aber auch Geld in die Hand nehmen für eine strukturpolitische Förderung von Transformationsclustern, den Ausbau von Forschung und Entwicklung und öffentliche Investitionen in Infrastruktur.

***Wie will die IG Metall die Beschäftigten bei der Transformation mitnehmen?***

Die IG Metall wird das Superwahljahr 2021 nutzen. Wir werden deutlich machen, dass wir mit einer beschäftigungsorientierten Industrie- und Strukturpolitik schneller aus der Krise kommen können und Beschäftigung zukunftssicher gemacht werden kann. Wir treten dafür ein, dass die Transformation sozial, ökologisch und demokratisch stattfindet. Keine Region soll dabei auf der Strecke bleiben. Für uns ist Mitbestimmung in den Betrieben ein Grundpfeiler der Demokratie. Das ist und bleibt unser Anspruch. Deshalb setzt sich die IG Metall für eine Stärkung der Mitbestimmung, auch in der aktuellen Diskussion zum Betriebsrätestärkungsgesetz, ein.